



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

März 2016

Solidarität mit den KurdInnen: Notwendig wie nie!



Demo am 27.2., Hachmannplatz Foto: Reinhard Schwandt

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe:
Mittwoch, 30.03.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Aus dem Vorstand	S. 2
Erdogan führt Krieg	S. 3
Frauentag 8.3.2016	S. 4
Demo Köln / Unsere Frauen ...	S. 5
Interview: Feminismus, Teil 2	S. 6
Zeitzeuginnengespräch	S. 8
Friedenskonferenz / Ostermarsch	S. 9
AfD Partei der Reichen	S. 10
Jahresempfang der Fraktion	S. 11
PM Özdemir / ver.di zu Tayler	S. 12
Termine / Kontakt	S. 13

Aus dem Vorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde!

Mir wird auch in diesem Monat die Ehre zuteil, Euch herzliche Grüße vom Bezirksvorstand ausrichten zu dürfen!

Zuerst möchte ich mich im Namen der redaktionellen Mitarbeiter(innen) der „Debatte Hamburg“ und des Bezirksverbandes DIE LINKE. Hamburg - Mitte (wir sind ja in finanzielle Vorleistung für den Druck der Nr. 14 getreten) bei allen Spender(inne)n von ganzem Herzen bedanken! Es ist für alle Involvierten ein wunderschönes Gefühl, soviel bundesweite Solidarität zu erfahren und bestätigt uns im Nachhinein, wie richtig und wichtig das Erscheinen der aktuellen Ausgabe der „Debatte“, allen Widrigkeiten zum Trotz, war!

Ein weiterer Lichtblick war unsere sehr gut besuchte Bezirksmitgliederversammlung (BMV) am 24.02. in der Einrichtung des „Landesjugendringes“ an der Umlandstraße. Der Genosse Eric Recke vom SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband) der Universität Hamburg hielt ein tiefgründiges, beeindruckendes Referat zur Durchsetzung der „Zivilklausel“ an der HAW (Hochschule für Angewandte Wissenschaften) und beleuchtete darin die Hintergründe wie auch die Historie. Das Erkämpfen der Zivilklausel dort ist umso bemerkenswerter, da die HAW als Fachhochschule der Industrie sehr nahe steht. Dieser überaus gelungene Vortrag zeigte einmal mehr, wie eng verknüpft außerparlamentarisches Wirken mit linker Parteipolitik ist.

Fast fließend ging es anschließend zu den vom Landesparteitag beschlossenen, „Flüchtlingspolitischen Leitlinien“ über.

Bei einer niveau- und respektvollen Diskussion wurde festgestellt, dass sie im Handeln der Gesamtpartei eine noch viel zu untergeordnete Rolle spielen und sowohl der Landesvorstand als auch die Bürgerschaftsfraktion diese Beschlüsse als bindend für ihr Handeln anzusehen haben. Folgerichtig verabschiedete die BMV folgenden Beschluss:

„Die BMV Mitte fordert den Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion auf, eine flüchtlingspolitische Aktionskonferenz mit Bündnispartnern, auf Grundlage des flüchtlingspolitischen LPT – Beschlusses zu organisieren.“

Dieser Beschluss wurde einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung.



Dazu passend beschloss der Bezirksvorstand Mitte auf seiner (wie immer) parteiöffentlichen Sitzung am 01.03., nach einer sehr konstruktiven Diskussion in angenehmer Atmosphäre (siehe Foto), die Durchführung einer zentralen Veranstaltung zur Flüchtlingspolitik, unter Einbeziehung unserer drei Bürgerschaftsabgeordneten aus Mitte. Diese ist für die zweite Mai-Hälfte geplant.

In Vorbereitung darauf sind viele dezentrale **Veranstaltungen** in den Stadtteilen angedacht, um dieses Thema gut sichtbar in die Öffentlichkeit zu tragen. Dafür bitten wir Euch, in eigenverantwortlicher Regie in den BOen, Eurer Kreativität freien Lauf zu lassen – denn Ihr wisst am besten, was bei Euch vor Ort läuft und wie man die Menschen erreicht.

Der BeVo Mitte freut sich darauf, bei der Umsetzung Eurer Konzepte behilflich sein zu dürfen!

Behilflich sein müssen wir alle in den kommenden Monaten auch unseren demokratischen Grundsätzen. So stehen im Bezirk Mitte gleich drei **Wahlen** an, die über die Zusammensetzung unserer **Bundes- und Landesdelegierten** und die Besetzung des **Bezirksvorstandes** entscheiden. Der Startschuss ist gleich nach den Osterfeiertagen avisiert. Der Bezirksvorstand verschickt dazu, getreu den Parteistatuten, schriftliche Einladungen.

Alle drei Wahlen werden im Rahmen von Bezirksmitgliederversammlungen durchgeführt, die jeweils durch eine darauf abgestimmte Themendebatte eröffnet werden. Ein durchaus positiver Aspekt der Wahlen ist mit Sicherheit, dass längst verschollen geglaubte Genoss(inn)en wieder einmal den Weg in die Parteimitte finden werden. So besteht also die Möglichkeit, ihnen klar zu machen, dass aktive Politik nach Wahlen nicht zwangsläufig enden muss...

Mit solidarischen und lieben Grüßen,
Euer Freund, Genosse und Schatzmeister,
Frank, i.A. des BeVo Hamburg-Mitte

Merkels Bündnispartner Erdogan führt Krieg gegen die Kurden

Mit der jüngsten Welle des staatlichen Terrors in Nordkurdistan/Ost-Türkei führt die AKP-Regierung einen erbarmungslosen Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Mit Panzern, Kampfhubschraubern und einem breiten Aufgebot von Soldaten, Spezialeinheiten und Polizisten gehen türkische Sicherheitskräfte gegen die kurdische Zivilbevölkerung in mehr als 17 Ortschaften im Südosten der Türkei (Nordkurdistan), in denen seit dem 2. Dezember eine totale Ausgangssperre verhängt worden ist, vor.

Insbesondere die Stadt Cizre und die Altstadt von Diyarbakir – Sur – wurden beschossen und die Menschen eingeschlossen.



Schätzungsweise 80 Prozent der Häuser in den betroffenen Stadtteilen sind bereits zerstört, etwa 50.000 Einheimische haben ihre Wohnungen verlassen, 24 Menschen sind bisher umgekommen. Wer nach Sur zurückkehrt, um sein Haus wieder aufzubauen, findet keine Elektrizität, kein Wasser, keine Grundversorgung. Müll und Abwässer stehen in den aufgebrochenen Straßen. Panzer und Artillerie haben weder die 500 Jahre alten Kursunlu-Moschee, die historische Hasirli-Moschee noch die 1.700 Jahre alte Heilige-Marien-Kirche verschont. Ein paar Kinder streunen durch die Straßen, es gibt keinen Kindergarten, keine Schule – unweit der Nachbarschaft detonieren Artilleriegeschosse.

In den Kellern leben noch an die 130 Menschen. Zwölf Leichen verwesen unbestattet, die älteste seit 70 Tagen. Ab und zu antworten einige Gewehrschützen auf den Beschuss, ergeben will sich keiner. Sie werden zwar regelmäßig dazu aufgefordert, doch sie misstrauen der Armee, die schon mehrmals auf Bewohner mit einer weißen Flagge geschossen hat. Ihre Forderung, von Ärzten oder Rechtsanwälten abgeholt zu werden, wurde abgelehnt.

Ihnen steht das Schicksal der Eingeschlossenen von Cizre in der Provinz Sirnak vor Augen, wo im-

mer noch eine strenge Ausgangssperre herrscht. Teile der Stadt sind vollkommen zerstört. Von den ursprünglich 120.000 Einwohnern Cizres blieben



15.000. 178 Leichen wurden bisher aus den Kellern geborgen, etliche sollen dort zur Warnung an die Ausharrenden noch liegen. Der Vizegouverneur von Diyarbakir hat jede Vermittlung ausgeschlossen und die baldige Beendigung der Belagerung angekündigt, was nur bedeuten kann, dass ein Massaker stattfinden soll. Diese Entscheidung kommt aus Ankara.

In den sieben kurdischen Provinzen wurden insgesamt 58 Ausgangssperren verhängt – ein harmloser Begriff angesichts dessen, was hinterlassen wird. Etwa die Hälfte der türkischen Streitkräfte, d. h. ca. 300.000 Soldaten und Polizisten, soll aktuell in Südostanatolien/Nordkurdistan im Einsatz sein.



Auch wenn seit dem letzten Wochenende die Ausgangssperre auf die Uhrzeit von 19.30 Uhr bis 5.30 Uhr morgens begrenzt wurde, zeigen sich nach der Schließung der konservativen türkischen Zeitung „ZAMAN“ und dem Verbot und den Angriffen auf die Demonstrationen zum „Internationalen Frauentag“ am letzten Samstag in Istanbul, Ankara, Batman und Urfa, dass der Ministerpräsident Erdogan Andersdenkende mit polizeilicher und militärischer Gewalt beseitigen will.

(Information: verschiedene Presseartikel, Zusammenstellung: -ena, Fotos vom 27.2.: Reinhard Schwandt, ver.di)

Internationaler Frauentag 8. März 2016

Pünktlich jedes Jahr zum Internationalen Frauentag stellt die öffentliche Medienlandschaft mit Erstaunen fest, dass immer noch Frauen weniger verdienen als Männer.

Ich persönlich bekomme dann Wutanfälle über dieses scheinheilige Gesülze, bei konsequenter Ignoranz der Gründe dafür, warum es seit Jahrzehnten so ist und sich so Einiges ändern muss, um da weiter zu kommen.

Dazu folgende Erklärung:

Entscheidend bei fast jeder Eingruppierung von Gehalt in den Tarifverträgen ist die Bewertung der Arbeit, über die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verhandelt wird: Handelt es sich um eine Arbeit mit Eigenverantwortung oder nicht? Konkret heißt das, die letzten 100 Jahre, wenn nicht länger, wurden und werden „Frauenberufe“ als sogenannte Assistenzberufe eingruppiert.

Konkret im Krankenhaus: Tägliche Frühvisite, der Arzt/ die Ärztin erteilt Anordnungen und die Pflegekräfte führen aus. Die gesamte Hierarchie ist so organisiert. Noch so viele Fortbildungen und Zusatzqualifizierungen bringen zwar einige Verbesserungen in der Bezahlung, aber die hierarchische Grundordnung bleibt. Allen anderen Berufsgruppen geht es ebenso, z.B. Physiotherapeutinnen, medizinisch-technischen Assistentinnen, Diätassistentinnen, Sekretärinnen... Ein anderes Bewertungssystem hat auch zur Folge, dass sogar die besonders starke und körperliche Belastung des Pflegepersonals, z.B. auf Krebsstationen nicht zusätzlich finanziell belohnt wird. Monatelange/jahrelange Debatten und Verhandlungen mit den Krankenhausgesellschaften, etc. haben keine Erfolge gehabt. Die Position der ArbeitgeberInnen: Schichtdienst, Tod und Leid, schweres Heben etc., sind im Krankenpflegeberuf impliziert und bedürfen keiner besonderen tariflichen Bewertung. Entsprechend in anderen Berufen, in denen fast nur Frauen arbeiten, z.B. Reinigungskräfte. „Putzen kann jede“. Aber es gibt keine Schmutzzulage wie in männlichen Arbeiterberufen. Es gibt die klassischen Mann-Frau Kombinationen: Chef/Sekretärin, Koch/Diätassistentin, Sozialpädagoge/Erzieherin, etc.

Natürlich weiß ich, dass es auch Krankenpfleger gibt oder Erzieher. Aber denen geht's nicht besser, weil sie in einem sogenannten „Frauenberuf“ arbeiten.

Die jetzige politische Situation macht es außerordentlich schwer, in nächster Zeit etwas grundlegend daran zu ändern. Wir haben schon lange kein Gesundheitswesen mehr, sondern eine Gesund-

heits-industrie, die gewinnorientiert arbeiten „muss“, im Wettkampf



mit der Konkurrenz, die Schlacht tobt, wer wird überleben, wer schluckt wen? Die konsequente neoliberale Politik, verstärkt durch die Schuldenbremse, hat das Ziel, öffentliche Daseinsvorsorge zu reduzieren. Auf jeden Fall müssen die Sicherheitsorgane und die Gerichte bleiben. Der „Rest kann weg“. Wer da fröhlich mit frommen Liedern auf dieser Welle mitschwimmt, sind die christlichen Kirchen, die eine soziale, kommunale Einrichtung nach der anderen, übernehmen. Flächendeckend. Steuerlich gefördert. Und was passiert in diesen christlichen Einrichtungen? Das christliche Familienbild wird in die Geschäftsordnung geschrieben und gilt dann für alle Beschäftigten. Scheidung wird mit Entlassung bestraft. Mitbestimmung und Personalräte werden abgeschafft und Tarifverhandlungen sowieso. Begriffe wie Arbeitgeber und Lohnabhängige lehnt die Kirche ab.

Man könnte mutlos werden. Nein, darum habe ich diesen Text nicht geschrieben. Aber wer kämpfen muss und will, sollte eine Lageanalyse machen und sich eine gute Strategie und Taktik überlegen. Die Gewerkschaften allein werden es nicht schaffen und auch nicht Die LINKE. Der Kampf der Frauen um Emanzipation und Gleichberechtigung ist ein Vorbild an Ausdauer und Erfolg - trotz großer Opfer und Unterdrückung. So wie es in unserem Parteiprogramm steht.

Der 8. März, von Clara Zetkin zum internationalen Frauentag erklärt, hatte auch viele Opfer und Verfolgung zur Folge. Aber ich bin froh, dass heute Frauen selbst entscheiden können, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht; ob sie heiraten wollen oder nicht; ob sie berufstätig sein wollen oder nicht; und vieles mehr.

Die Rechten sind auf dem Vormarsch... Also weniger Gezanke und wenige leere Parolen. Es kommen schwierige Zeiten und nur die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit.

Dies schrieb Christine Detamble-Voss, Jahrgang 1944

Aufruf der „GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion“:

Das Problem heißt Sexismus! Solidarität heißt crossing struggles!

Feminismus bleibt antirassistisch!

Zum Frauentag im März 2016 startet gerade eine große Mobilisierung für eine Demonstration und feministische Aktion in Köln gegen sexualisierte Gewalt und rassistische Hetze. Gemeinsam und solidarisch wollen wir am 12. März in Köln auf die Straße gehen.

Nicht erst seit den Vorfällen in Köln schließen Rassismus und Antifeminismus eine unheilvolle Allianz: Rechte, Antifeministen, Rassisten und allerlei Personen, die sich noch nie für Frauenrechte interessiert haben, nutzten den Diskurs für ihre rassistische Hetze (von Forderungen nach Asylrechtsverschärfungen, Abschiebungen, Lagern etc.).

Einen besonderen Kitt stellt dabei der Rassismus dar, der einerseits sexualisierte Gewalt externalisiert und zugleich anschlussfähig an die sog. „Mitte der Gesellschaft“ in dem sowieso schon rechten Klima ist.

Die aktuelle Aufmerksamkeit, die sexualisierter Gewalt in der Debatte zukommt, war zwar längst fällig – doch kommt sie absolut überwiegend nicht ohne Rassismus aus. Plötzlich wird überall das Patriarchat entdeckt – geschlechterspezifische Gewalt in der Logik des (antimuslimischen) Rassismus jedoch nur bei „den Anderen“ verortet. So werden nicht zum ersten Mal Debatten um Migration und „Zugehörigkeit“ über die Körper von Frauen verhandelt.

NOT IN OUR NAME – RECLAIM FEMINISM!

Daher werden wir am Frauentag 2016 ein kämpferisches Zeichen an dem Ort setzen, der medial so aufgeladen ist und wo es gilt, eine starke linke, feministische Position sichtbar zu machen.

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Patriarchat, Sexismus und Rassismus!

Wir sehen uns in Köln!

Demonstration: Samstag 12. März 2016, 13 Uhr, Köln, Roncalli Platz – Kölner Dom

Unsere Frauen begripschen wir selbst?!

Lange habe ich nach der Lektüre der Artikel der Genossinnen Morgenroth und Artus im Mittenmang vom Februar 16 überlegt, ob ich mich anlässlich der Übergriffe gegen Frauen in Köln und anderswo in die Diskussion einmischen soll oder lieber nicht. Ich habe mich dann dafür entschieden weil ich meine, dass es vielleicht hilfreich sein könnte, wenn auch Männer mal was zur „Situation von Frauen“ sagen und sie nicht die ganze Arbeit allein machen lassen.

Das Drangsalieren von Frauen ist nicht nur in Silvesternächten inakzeptabel. Ebenso inakzeptabel ist jedoch das Verhalten vieler PolitikerInnen die in unserem Lande das Sagen und sich anschließend geäußert haben: Sie haben auf sexistische Übergriffe mit rassistischen geantwortet und im Ergebnis gesagt: „Haut ab ihr Ausländer: unsere Frauen begripschen wir selbst!“

- "Und deshalb ist es wichtig, dass alles, was dort geschehen ist, auf den Tisch kommt." Merkel wolle nun die Regeln für Ausweisungen von Ausländern überprüfen.

(<http://www.sueddeutsche.de/panorama/kriminalitaet-hinweise-auf-verdaechtige-in-koeln-festnahme-in-stuttgart-noch-an-silvester-1.2806747>)

- Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel sagte der «Bild»-Zeitung (Freitag), «alle Möglichkeiten des internationalen Rechts» müssten

geprüft werden, «um kriminelle Asylbewerber in ihre Heimat zurückzuschicken».

(<http://www.fr-online.de/politik/reaktionen-auf-koeln-gabriel-will--kriminelle-asylbewerber--abschieben,1472596,33476586.html>)

- Nach den Angriffen auf Frauen in Köln hat sich CSU-Chef Horst Seehofer für härtere Strafen und ein schärferes Vorgehen gegen straffällige Migranten ausgesprochen. (<http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Seehofer-fordert-nach-Koelner-Silvesternacht-haertere-Strafen-id36567927.html>)

Die Diskussion drehte sich im Wesentlichen darum, wie man Migranten loswerden kann – um die Frauen ging es fast Niemandem. Dies ist auch daran zu erkennen, dass u.a. die GroKodile sich so verhielten, als habe es Übergriffe auf Frauen erstmals zu Silvester 15 durch Ausländer gegeben. Diese „Fürsprecher“ der Frauen haben dabei übersehen, dass seit Jahren die Frauenhäuser in der Republik aus allen Nähten platzen. Die Übergriffe zu Silvester wären eine gute Gelegenheit gewesen, die Rechte von Frauen zu stärken, als ersten Schritt vielleicht durch die Ratifikation der Istanbulkonvention; darüber wurde jedoch bislang nur höchst zurückhaltend berichtet – aber wenn diese Konvention für unsere Nachbarn ratifizierbar ist, könnte sie das vielleicht auch für die BRD sein.

Es gäbe auch noch weitere Möglichkeiten, die Situation der Frauen in unserem Land zu verbessern, z.B. durch Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ greift zu kurz hat (wenn ich ihn richtig verstanden habe) im Winter 14/15 der Genosse Gysi in der Hamburger Markthalle gesagt; es geht um „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“. Wenn Frauen nicht mehr im gegenwärtigen Umfang wirtschaftlich von ihren männlichen Partnern abhängig sind können sie sich besser vor deren Übergriffen schützen, weil sie sich solchen Partnern leichter entziehen können, bevor sie von diesen drangsaliert werden (sage ich). Außerdem – denke ich – handelt es sich auch um einen sexuellen Übergriff, wenn Frauen

schlechter bezahlt werden als Männer weil sie Frauen sind, auch wenn das vielleicht juristisch nicht so zu bewerten ist.

Aber wenn wir schon beim Abschieben sind:

- wohin mit den deutschen Männern, die für die hohe Belegung der Frauenhäuser ursächlich sind?
- geht nur Abschieben oder gibt es Integrationskurse für die?

Frauenrechte sind auch Männersache, unterstützen wir die Frauen!

Gun Wille, Billstedt

Fortsetzung aus der Februar-Ausgabe:

Kein Nebenwiderspruch!

Interview von Sven-Friedrich Wiese mit Kersten Artus, Teil2

Sven-Friedrich Wiese (SFW): Kersten, in den Sechziger- und Siebzigerjahren war bei der Linken im Westen eines der Hauptargumente gegen den Feminismus, dass er nur ein Nebenwiderspruch sei. Der Hauptwiderspruch war der Klassenwiderspruch. Auf dem Landesparteitag Ende November 2015 hat Gunhild Berdal, die ich in vielerlei Hinsicht schätze, deinen frauenspezifischen Flüchtlingsteil im Antrag coram publico abgelehnt. Glaubt Gunhild, dass der Feminismus nur ein Nebenwiderspruch ist? Und ist der Feminismus nicht tatsächlich nur ein Nebenwiderspruch?

Kersten Artus (KA): Ich gehe von einer Verschränkung von Klasse und Geschlecht aus und keiner hierarchischen Anordnung. Das heißt, Klassenungleichheit und Geschlechterdiskriminierung sind nur zusammen zu erfassen und aufzulösen. Bourdieu entwickelte einen relationalen anstelle eines substantialistischen Klassenbegriffs, in dem eine Klassenposition sich nicht absolut, sondern immer nur in Relation zu den anderen Positionen im sozialen Raum definieren lässt. Außerdem müssen Alter und ethnische Zugehörigkeiten einbezogen werden, wenn wir heute Antworten auf die sozialen Ungerechtigkeiten geben wollen, wie auch den Stand der Bildung, der maßgeblich auf soziale Positionen in der Gesellschaft Einfluss nimmt. Ich finde sowieso, Bourdieu sollte in der LINKEN mehr gelehrt werden.

Frauen erleben eine doppelte Diskriminierung: Ihre Arbeitskraft müssen sie verkaufen, um zu überleben und sie leisten in einem Höchstmaß unbezahlte Arbeit im Care-Bereich. Wenn sie sich befreien wollen, müssen sie beides überwinden – und kämpfen damit auch gegen das Patriarchat, das älter als der Kapitalismus ist. Das können sie nur selbst. Allerdings benötigen sie die Solidarität und

Unterstützung der gesamten unterdrückten Klasse. Ein Aspekt ist mir dabei sehr wichtig: Häusliche Gewalt ist neben der ökonomischen Diskriminierung die Hauptemanzipationsbremse. Sie hindert Frauen an politischer und kultureller Beteiligung, an Berufstätigkeit, an freier Entwicklung. Sie ist ein wirkungsvolles, auch in der LINKEN noch unterschätztes, Machtinstrument. In Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten ist es die systematische Vergewaltigung, Schwängerung, Versklavung und Vernichtung von Frauen.

Dann noch was zum Feminismus. Der ist kein Nebenwiderspruch, sondern eine gesellschaftliche Strömung und Befreiungsbewegung und damit richtigerweise integraler Bestandteil unserer parteilichen Programmatik. Er hat viele Ebenen, auch konservative und bürgerliche. Der Linksfeminismus ist eine Zwillingsschwester des proletarischen Feminismus. Tatsache ist leider, dass unter Linken oft der geschlechtsspezifische Blick fehlt. Das führt dann zu unerwünschten Ergebnissen, wie zum Beispiel unserem geringen Frauenteil in der Mitgliedschaft.

SFW: Unter dem Oberbegriff Feminismus kann man sicherlich auch die stark um sich greifende Genderisierung subsumieren. Die CDU-Spitzenkandidatin aus Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner, sagte vor kurzem im Radio, das Thema Verbindungsdatenspeicherung sei zu recht angegangen worden, um –jetzt kommt´s- „auch Hintermänner, Hinterfrauen ausfindig zu machen von solchen Netzwerken.“ Kersten, muss diese geschlechtergerechte Sprache wirklich so konsequent „durchgeboxt“ werden?

KA: Unsere Sprache ist zum Glück dynamisch. Wie fremd kommt es uns heute vor, wie Menschen

vor 100 Jahren deutsch geschrieben und gesprochen haben. Aber, wie die Rechtschreibreform bekämpft wurde, werden auch alle Bemühungen attackiert, das weibliche Geschlecht stärker zu berücksichtigen. Wer Gregor Gysi aufmerksam zuhört, wird heraushören, dass er immer von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Migrantinnen und Migranten spricht. Von Tucholsky stammt der Satz: „Sprache ist eine Waffe“. Und er fügte hinzu: „... , haltet sie scharf.“ Nichts anderes machen wir Frauenrechtlerinnen: Wir schärfen die Sprache. Wenn Frau Klöckner sich derer bedient, habe ich das nicht zu kritisieren oder lächerlich zu machen. Ich würde es mir von allen Personen des öffentlichen Lebens wünschen. Wie auch in unseren Publikationen, wie Anträgen, Reden, Pressetexten, Parteizeitungen. Ich finde, jede und jeder sollte reden und schreiben, wie ihm und ihr der Schnabel gewachsen ist. In Parteipapieren und Reden erwarte ich aber einen sensiblen, geschlechtergerechten, Umgang mit Sprache.

SFW: Kersten, 2016 hat begonnen, jetzt gilt die fixe Geschlechterquote von 30 Prozent für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in etwa 100 großen Unternehmen. Etwa 3500 weitere Unternehmen sind verpflichtet, sich eigene Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen zu setzen. Doch der Anteil weiblicher Top-Manager liegt noch immer weit unter den Vorgaben. Woran liegt das?

KA: Das Gesetz hat nur ein „Quötchen“ eingeführt, wie das unsere frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Cornelia Möhring, einmal genannt hat. Die Regierungen haben doch nicht den Mumm, sich ernsthaft mit der so genannten freien Wirtschaft anzulegen, und ihnen Vorschriften zu machen. Im Gegenteil: Beschäftigtenrechte werden seit Jahren dereguliert und abgebaut. Von allem bleibt immer nur ein bisschen über: Zu geringer Mindestlohn mit vielen Ausnahmen, zahmen Frauenquoten in Aufsichtsräten und auch nur in DAX-Unternehmen. Auch das geplante Entgeltgleichstellungsgesetz wird so ein Ergebnis haben. Wenn nicht gleichzeitig das Betriebsverfassungsgesetz verbessert wird und der Unternehmens- und ArbeitnehmerInnenbegriff neu definiert wird, bleibt wachsende das Prekariat, das von diesen Gesetzen nichts hat und die von ihrer gesellschaftlichen Bedeutung her weitgehend wirkungslos bleiben oder nur träge Wirkung zeigen. Selbst das Hamburger Gremienbesetzungsgesetz konnte nur umgesetzt werden, weil viele Frauen gleich mehrere Aufsichtsratsposten erhielten. Hamburgs Kultursektorin Barbara Kisseler hat allein acht Aufsichtsratsmandate. Es wird also auch noch geschummelt.

SFW: Mag sein, dass die Regierungen nicht den Mumm haben, sich ernsthaft mit der so genannten freien Wirtschaft anzulegen, und ihnen Vorschriften zu machen. Einige Psychologinnen sprechen allerdings auch davon, dass man den momentanen Zustand nur ändern könne, wenn man die Männer mitnimmt. Wenn es um das Thema Frauenquote geht, fühlen sich die meisten Männer nicht angesprochen. Für sie ist das allein eine Sache der Frauen. Wenn Männer das Thema ernst nehmen sollen, muss man dann nicht an ihren Sinn für Gerechtigkeit appellieren? – Und was kann ein Unternehmen tun, um seine männlichen Mitarbeiter von den Vorteilen der Frauenquote zu überzeugen?

KA: Das müsstest Du mir beweisen, dass sich viele Männer nicht angesprochen fühlen. Vor allem wenn sie Väter werden, haben Männer oft den Wunsch, weniger zu arbeiten und trotzdem ihre beruflichen Ziele zu verwirklichen. Fakt ist aber, dass Kinder auf die Berufswege von Frauen immer noch die größeren Auswirkungen haben als auf die der Männer und dass vor allem Männer Vorurteile gegen so genannte Karrierefrauen hegen – und das bei besseren Schulabschlüssen, die junge Frauen hinlegen! Männer müssen aber auch Macht abgeben, dazu müssen sie gegebenenfalls auch gezwungen werden, zum Beispiel durch Quoten. Ich wäre nicht in dieser Partei, wenn die allermeisten Genossen das nicht auch so sehen würden.

SFW: Es freut mich für dich, Kersten, dass du viele emanzipierte Männer kennst. Ich kenne allerdings sehr wohl Männer, die sich nicht angesprochen fühlen. In meiner Frage habe ich davon gesprochen, dass Männer mitgenommen werden müssen. Du forderst allerdings ggf. Zwangsmittel. Die verbindliche Frauenquotenreglung für die Besetzung der Aufsichtsräte gilt nach dem aktuellen Stand für rund 100 ganz große Unternehmen in Deutschland. Etwa 3500 weitere Unternehmen sind aber nur verpflichtet, sich eigene Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen zu setzen. Eine Mindestzielgröße ist nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sie selbst setzen und an ihren Strukturen ausrichten. Noch einmal meine Frage: Was kann ein Unternehmen tun, um eine Atmosphäre zu schaffen, in der die männlichen Mitarbeiter bzw. leitenden Angestellten die Frauenquote als gerecht empfinden?

KA: Gleichstellung ist Führungsaufgabe und gehört daher als Zielsetzung im Job in jeden Arbeitsvertrag für Managerinnen und Manager. Eine Idealvorstellung unter derzeitigen Gesellschaftsbedingungen wäre zudem, die Belegschaft an den Gewinnen zu beteiligen und betriebliche Umstrukturierungen unter die volle Mitbestimmung des Betriebsrats zu stellen. Managerinnen und Manager

sollten von der Belegschaft gewählt und abgewählt werden können. Außerdem benötigen wir dringend ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, das im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankert wird. Bis heute können die Gewerkschaften nicht klagen, wenn Diskriminierungen im Betrieb stattfinden. Die Bürgerschaftsfraktion hatte auf meine Initiative hin eine Bundesratsinitiative dazu eingebracht – die natürlich von der SPD versenkt wurde.

SFW: Kersten, steht auf der Liste der Linkspartei ein Mann auf Platz eins, müssen auf den Plätzen zwei und drei Frauen folgen. Der Frauenanteil im Hamburger Landesverband beträgt aber nur 37%. Tragen solche Ungerechtigkeiten nicht Missgunst und Frust in die Partei und vergiften das Klima? Und zudem leben wir doch in einer Leistungsgesellschaft, es zählt also Qualifikation und das Erreichte. Geschlecht ist aber doch keine Qualifikation, oder Kersten?

KA: Wenn Geschlecht keine Qualifikation ist, frage ich, warum besetzen dann so viele Männer verantwortungsvolle Posten? „Leistungsgesellschaft“ ist ein Kampfbegriff. Ich will eine solidarische Gesellschaft und unterwerfe mein Handeln soweit wie möglich nicht dem Markt fetischismus. Das macht DIE LINKE zum Glück auch nicht. Tatsächlich ha-

ben Frauen schwerere Voraussetzungen, Vorstandsarbeit zu machen. Daher müssen sie spezifische Bedingungen erhalten, um genauso arbeiten zu können, wie Männer. Den Begriff „Frauenförderung“ verwendet heute zum Glück kaum jemand mehr, aber das war mal damit gemeint. Alles andere ist eine Vergeudung und Missachtung der Ressourcen der Hälfte der Menschheit. Daher ist diese Regel auch nicht ungerecht, sondern Statement wie auch Instrument, um Benachteiligung zu bekämpfen.

Ich spüre zudem kein vergiftetes Klima oder Missgunst in unserer Partei wegen dieser Regel. Wer die Quote nicht akzeptiert, muss in die CDU oder in die FDP eintreten. Die Quote ist solange nötig, bis niemand mehr darauf bestehen muss. Dass manchmal auch Frauen in Positionen kommen, die sich als unfähig erweisen, muss man einkalkulieren. Dann machen wir es wie bei den Männern auch: Wer sich nicht bewährt, kann auch wieder abgewählt werden. Oder um es ironisch zu sagen: Gleichberechtigt sind wir dann, wenn eine unfähige Frau einen verantwortungsvollen Posten bekleidet.

SFW: Kersten, ich danke dir für dieses Gespräch. Das Interview führte Sven-Friedrich Wiese, aktives Mitglied in der BO Wilhelmsburg/Veddel und freier Journalist

Was andere so anbieten:

Die Böll-Stiftung ist zwar die Stiftung der Grünen, aber die Begegnung mit einer Zeitzeugin in Neuengamme lohnt für alle, die sich mit der üblen deutschen Geschichte auseinandersetzen! besel

Verfolgung von Sinti und Roma

Zeitzeugin-Gespräch und Führung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Termin: Di 22. März 2016, **11-16:30 Uhr**, Treffpunkt + Abfahrt **9:40 Uhr**
Hauptbahnhof Gleis 4 (S 21) an der vorderen Treppe Fahrtrichtung)

Ort: KZ- Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier Weg 75, 21039 HH

Die Sinti und Roma Europas gehörten im Nationalsozialismus zu den aus rassistischen Gründen verfolgten Gruppen. Als ‚Zigeuner‘ stigmatisiert wurden zwischen 200.000 und 500.000 von ihnen durch die Nazis im besetzten Europa ermordet. Die rassistische Verfolgung dieser Menschen hält bis heute an. Aktuelle Beispiele von Gewaltexzessen gegen diese Bevölkerungsgruppe sowie staatlich organisierter Diskriminierung, wie sie etwa aus Ungarn bekannt sind, verdeutlichen das Ausmaß des Antiziganismus. Auch in Deutschland haben Sinti und Roma weiterhin mit rassistischen Stereotypen und Gewalt zu kämpfen. Die Heinrich Böll Stiftung Hamburg lädt in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu einem Zeitzeugin-Gespräch mit Frieda Larsen ein. Dabei soll für die Teilnehmenden die Möglichkeit entstehen, mit einer Überlebenden des nationalsozialistischen Terrors ins Gespräch zu kommen. Anhand der Lebensgeschichte Frieda Larsens kann nachvollzogen werden, welche Auswirkungen der Nationalsozialismus auf die Betroffenen bis heute hat. Außerdem wollen wir diskutieren, ob es gesellschaftliche Konsequenzen aus der damaligen Verfolgung gibt. Im Anschluss wird der Gesprächsinhalt durch eine thematisch fokussierte Führung über das Gelände der Gedenkstätte vertieft

Mit:
Frieda Larsen, Zeitzeugin; **Wiebke Elias**, KZ- Gedenkstätte Neuengamme, **Marcel Sebastian**, Soziologe

Beitrag: 5€ inklusive HVV

Um Anmeldung bis zum 14. März wird gebeten

Weitere Informationen findet ihr unter www.umdenken-boell.de; info@umdenken-boell.de; Tel. 040-389 52 70

Einladung zur AG Frieden und Internationale Politik (FIP) der LINKEN und Diskussion mit Harri Grünberg

Zur internationalen Lage und Rolle der LINKEN als Friedenspartei



Die krisenhafte, kriegerische Politik insbesondere der NATO-Staaten bringt auf der ganzen Welt immer mehr Gewalt, Not und Verzweiflung hervor, die Kriege u.a. in Syrien und Ukraine haben das gefährliche Potential, zu noch größerer Eskalation zwischen den Großmächten zu führen. Die globale soziale Ungleichheit schreit zum Himmel: Die 62 vermögendsten Reichen besitzen zusammen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Über 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht und auf der Suche nach einem besseren Leben.

Überall wachsen kritische Ansichten und humane Ansprüche. Was mit dem „Arabischen Frühling“ als ein Aufbruch für Demokratie und soziale Gerechtigkeit begann, findet seine Fortsetzung in vielen Ländern der Welt, auch in Europa. Allein in der BRD lehnen 83 Prozent der Bevölkerung Waffenexporte ab und ist die Mehrheit der Bevölkerung solidarisch mit den Geflüchteten. Die Krise wird mehrheitlich links beantwortet, dagegen wird von rechts rassistisch gehetzt und gespalten.

Die LINKE ist programmatische Friedenspartei. Was heißt das für die politische Praxis?

Wir haben den Genossen Harri Grünberg* gebeten, mit uns darüber zu diskutieren. Zusammen mit anderen hat er „Thesen zur Internationalen Lage“ verfasst, ein Rundumschlag über die Konflikte der Welt mit Konsequenzen für die Positionierung der LINKEN insbesondere zu Syrien und Nahost.

Von einer Reise in Israel/Palästina zurückgekehrt, wird er auch direkt von seinen Erfahrungen und den Bemühungen der dortigen Friedenskräfte berichten können.

Die Erörterung wird außerdem eine gute Einstimmung auf die **Friedenskonferenz der LINKEN** sein, die vom 18.-19. März in Berlin stattfindet. (Hier geht es zum Programm und zur Anmeldung <http://www.die-linke.de/politik/aktionen/friedens-und-entspannungspolitische-konferenz/>)

Seid herzlich eingeladen, an dieser spannenden Diskussion teilzunehmen:

Mittwoch, den 16. März 2016

19.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN

Wendenstraße 6 (S-Bahn Hammerbrook)

* Harri Grünberg ist überzeugter Internationalist, Mitarbeiter von MdB Wolfgang Gehrcke, Mitglied im Bundesausschuss der Partei, einer der Sprecher der Sozialistischen Linken (SL), aktiv in „Cuba Sí“ und Vorsitzender von „Netzwerk Cuba“.

Gunhild Berdal

Ostermarsch 2016

Der Ostermarsch 2016, organisiert vom Hamburger Forum für Frieden und Völkerverständigung, findet in Hamburg auch in diesem Jahr wieder am Ostermontag statt mit den zentralen Forderungen:

Keine Bundeswehreinmärsche im Ausland – Syrieneinsatz beenden!
Rüstungsexporte stoppen!
Flüchtlinge aufnehmen – Fluchtursachen bekämpfen!"

Ostermontag, 28. März, 12 Uhr, Jungestraße
(Nähe U/S-Bahn Berliner Tor)

11.30 Uhr Friedensandacht, Erlöserkirche, Jungestraße

14 Uhr Friedensfest Carl-von-Ossietsky-Platz, Lange Reihe

Reden • Livemusik • Infostände • Essen und Trinken

Wir wollen Abrüstung. Das Geld, das für Rüstung und Krieg ausgegeben wird, brauchen wir für die Lösung globaler Probleme, für Bildung und medizinische Versorgung, für soziale Sicherheit.

Mehr unter: <http://www.hamburgerforum.org/aktuelles.html>



Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE – 8. März 2016:

AfD – Partei der Reichen

Die AfD versucht den Anschein zu erwecken, sie sei Anwalt der Benachteiligten und der kleinen Leute? Ein Blick auf die wirtschaftlichen Forderungen der Partei lässt keine Zweifel zu: Nein, das ist sie nicht. Sie vertritt die Reichen – jene, die sie „Leistungsträger“ nennt.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry lehnt den Mindestlohn ab. Er sei „neosozialistisch“ und ein „Job-Killer“, ein Ausfluss „realitätsferner Sozialromantik“, schimpfte Unternehmerin Petry. Geringqualifizierten und „Beschäftigten in den klassischen Trinkgeld-Branchen“ drohe durch den Mindestlohn Arbeitslosigkeit und Armut.

Dass Niedriglohnbeschäftigte von ihrem Einkommen nicht leben können - dafür hatte die AfD-Unternehmerin eine Lösung: Lasst die Allgemeinheit zahlen! Die AfD ist für staatliche Lohnzuschüsse statt Mindestlohn, für den die Unternehmen aufkommen müssen.

Die Realität hat Petry widerlegt. Jobs hat der Mindestlohn nicht gekostet, im Gegenteil. Laut gewerkschaftlichem WSI-Institut wuchs zum Beispiel in der „klassischen Trinkgeldbranche“, dem Gastgewerbe, die Beschäftigung 2015 um mehr als sechs Prozent. Gleichzeitig können sich Kellner, Friseure und Sicherheitsdienstleister über deutliche Lohnerhöhungen freuen. Im Gastgewerbe legten die Tarifverdienste um 3,3 Prozent zu. Besonders hilft der Mindestlohn übrigens den Menschen in Ostdeutschland, wo die Bruttostundenlöhne um 3,6 (West: 1,7) Prozent zulegen. Warum findet die AfD im Osten bloß so viele Anhänger?

Die AfD findet einen Schutz der Beschäftigten vor Leiharbeit und Werkverträgen unnützlich: „Geltende Regelungen wie das Entsendegesetz reichen weitgehend aus.“ Von wegen! Noch immer nutzen Unternehmen billige Leiharbeiter und Werkverträge, um die Löhne ihrer Beschäftigten zu drücken. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) „sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet“. Die Bundesregierung arbeitet gerade an neuen Regelungen um diesen Missbrauch einzuschränken, jedoch nur minimal. Auch diese mikroskopischen Änderungen werden von der CSU blockiert. CSU und AfD erweisen sich als echte Freunde der Unternehmer – und nicht der Beschäftigten!

Steuerpolitisch orientiert sich die AfD nach eigener Aussage an dem Konzept von Paul Kirchhoff. Der hatte vor einigen Jahren einen dreistufigen Steuertarif vorgeschlagen: Der Spitzensteuersatz von

25 Prozent gilt ab einem Jahreseinkommen von 20.000 Euro. Das heißt: Wer 25.000 Euro verdient, zahlt 25 Prozent. Wer eine Million verdient auch. Das Steuermodell der AfD bevorzugt damit massiv die Reichen, die bisher maximal einen Steuersatz von 45 Prozent bezahlen müssen. Da dem Staat durch sein Konzept Milliarden-Einnahmeverluste drohen, wollte Kirchhoff auch „Steuerprivilegien“ abbauen. Hierzu zählte er übrigens auch die teilweise Steuerfreiheit von Sonn-, Nacht- und Feiertagsarbeit. „Privilegierte“ wie zum Beispiel Krankenschwestern, werden sich freuen!

Gleich ganz abschaffen will die AfD die Erbschaftsteuer – also die Steuer, die nur die Reichsten zahlen müssen. Denn bei ihnen konzentriert sich das große Geld: Die reichsten zehn Prozent der Deutschen halten laut DGB knapp 70 Prozent des gesamten Vermögens, dem reichsten ein Prozent gehört mehr als ein Drittel. Klar, in solchen Kreisen wird viel vererbt. Immerhin mehr als 200 Milliarden jährlich. Davon bleiben gerade einmal sechs Milliarden beim Fiskus hängen. DIE LINKE will, dass gerade Reiche mehr zahlen und so zum Beispiel bessere Bildung finanziert werden kann.

Mit ihren Warnungen vor der Zuwanderung verschleiern die AfD ihre Vorhaben. Ihre Vorschläge helfen mitnichten den „kleinen Leuten“, sondern nur den Reichen und UnternehmerInnen. Dabei hat die CDU-CSU-SPD-FDP-Grünen-Politik diese Gruppen in den letzten Jahren ohnehin schon durch Steuer- und Lohnsenkungen befördert – die Kapitaleinkommen sind allein seit dem Jahr 2000 drei Mal so stark gestiegen wie die Arbeitseinkommen. Nötig ist daher keine Abschaffung des Mindestlohns, sondern seine Erhöhung. Leiharbeit muss streng reguliert werden und die Reichen einen fairen Steueranteil beitragen. Das nutzt allen – selbst neoliberale Vereine wie die OECD geben mittlerweile zu, dass wachsende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum beschädigt.

Zurzeit läuft auch eine Kampagne von **compact** zum Thema AfD:

Steuern, Bildung, Hartz IV: Was die AfD wirklich will

Zu finden im Netz unter:

<https://blog.compact.de/2016/03/steuern-bildung-hartz-iv-was-die-afd-wirklich-will>

Lesenswert und verbreitungswürdig! besel

Jahresempfang der Bezirksfraktion

Am 28.02.16 lud die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Mitte zur alljährlichen Feierei.



Der Blick nach Süden aus dem Freizeithaus, Foto: Ina

GenossInnen, Interessierte und UnterstützerInnen waren eingeladen, mit den 7 FraktionistInnen zu schnacken, zu debattieren, zu essen und zu trinken. Dieses Mal ging es nach Wilhelmsburg, genauer gesagt nach Kirchdorf-Süd. Die fast schon ländliche Lage des versteckten und romantischen Freizeithauses ließ ein gemütliches Beisammensein bei herrlichstem Sonnenschein möglich werden. Vögel zwitscherten, das Bächlein floss durch die Wiesen und erste Knospen zeigten sich an den Sträuchern... Im Kontrast dazu schossen im Hintergrund die Kirchdorfer Wolkenkratzer in den Himmel. Eine Mischung aus Hochhaus-Stadtrandsiedlung und Landidylle.



Ein wirklich schöner Raum, Foto: Ina

Dieses Mal lagen die Organisation und der Redebeitrag in der Hand unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden "Teddy", der sich als Insulaner ja quasi wie zu Hause fühlte. Lutz Cassel unterhielt uns und bereicherte den Nachmittag mit Gitarre und Gesang alter Arbeiter- und Friedenslieder. Gekrönt wurde das Ganze von den Kochkünsten unseres Fraktionisten Tim Eckbrett, der für alle selbstgemachte Burger servierte und uns wieder einmal bewies, dass er es einfach kann! Da wir 2015 in der Kaffeewelt in St. Georg anti-alkoholisch feierten, ließen wir dieses Jahr den Sekt und das eine oder andere Bierchen fließen. So jung kommen wir ja.... (ach und so weiter, ihr wisst schon!)



Tim und Teddy in Aktion, Foto: Ina

Lange Ansprachen wurden dieses Mal bewusst ausgelassen und so konnten sich auch unsere Gäste aus der Bürgerschaftsfraktion Christiane Schneider, Stephan Jersch und Mehmet Yildiz, gelassen dem Klönschnack hingeben und ohne viele Worte mit uns allen feiern. Selbst unsere Vorsitzende Christine Detamble-Voss hielt sich gänzlich im Hintergrund und genoss einfach den schönen Sonntagnachmittag.

Resümee: Ein kommunikatives, naturnahes und entspanntes Fest.

Die Fraktion dankt den Gästen für die Stimmung und das volle Freizeithaus!

Ina Morgenroth

PM Cansu Özdemir:

Gleichberechtigung ist erreicht, wenn Quoten überflüssig sind

Der 8. März ist Internationaler Frauentag – Belege dafür, dass der Kampf für gleiche Rechte und Chancen für Frauen immer noch nicht erledigt ist, gibt es genug: Am Equal Care Day, dieses Jahr am 29. Februar, wies die OECD darauf hin, dass 80 Prozent der Haus- und Pflegearbeit von Frauen erledigt wird. Selbst wenn sie wie ihr Partner in Vollzeit beschäftigt sind. Und in wenigen Tagen, am 19. März, wird der Equal Pay Day erneut aufzeigen, dass in Deutschland Frauen für die gleiche Arbeit nach wie vor 22 Prozent weniger verdienen als Männer.

„Das sind nur zwei von vielen Beispielen, warum weiterhin und jetzt erst recht der 8. März ein Kampftag ist“, erklärt dazu Cansu Özdemir, Vorsit-

zende und frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Wir brauchen endlich eine neue und, gerade mit Blick auf die Silvesternacht, ehrliche Debatte über Sexismus, Diskriminierung, Abhängigkeiten und gleiche Chancen. Gleichberechtigung ist nicht erreicht, wenn wir Quoten in ManagerInnen-Positionen erfüllen. Gleichberechtigung ist dann erreicht, wenn wir keine Quoten mehr brauchen, wenn Frauen ganz selbstverständlich alle Berufe und Posten paritätisch und für das gleiche Gehalt ausüben. Und wenn Frauen nicht mehr viermal so viel der Haus- und Pflegearbeit leisten müssen wie Männer!“

Dokumentiert: Stellungnahme ver.di zum Umgang mit dem Tod von Tayler in Altona:

ASD-Beschäftigte sind kein Spielball!

Mit Erschrecken mussten die ASD-KollegInnen am Wochenende 20./21.02.2016 der Presse entnehmen, dass es einen Bericht der Jugendhilfeinspektion gibt, dieser öffentlich ist und dass sie letztendlich für den Tod eines Kindes verantwortlich sein sollen.

Dies ist ein unglaublicher Vorgang, der in einem kollegialen und wertschätzenden Umgang nie passieren dürfte. Es widerspricht auch allen Regelungen der Kommunikation auf Augenhöhe.

Die KollegInnen können zu Recht erwarten, dass sie zuerst von sie betreffenden Vorgängen – wie Berichten – erfahren. Sollte dies aufgrund von In-diskretionen nicht möglich sein, so ist es erste Pflicht der Vorgesetzten – also hier von der Senatorin Frau Leonard – sofort eine breite Informationsschiene einzurichten, die noch vor den ersten Pressekontakten die KollegInnen aufklärt und umfassend informiert. Das ist nicht passiert.

Nicht einmal die Pressevorlage wurde zeitnah verteilt. D.h. letztendlich, dass es Frau Leonard sogar egal war, wie es ihren Beschäftigten geht, sondern dass es ihr wichtiger war, der Presse ihre Sichtweise zu präsentieren. Das ist kein verantwortungsvoller Führungsstil.

Auch die Form der Präsentation in der Öffentlichkeit ist unzumutbar. Es werden Teile des Berichtes in den Vordergrund gerückt, die Schuldzuweisungen beinhalten, andere Themen wie Dokumentations-schwierigkeiten durch JUS-IT und unübersichtliche Regelwerke bleiben außen vor. Dies entspricht in keiner Weise einem fairen und sachlichen Umgang, sondern ist anscheinend von anderen Interessen geleitet.

Darüber hinaus gibt es in Altona eine Fallwerkstatt mit Prof. Schrapper, dessen bisherige erste Einschätzungen keinerlei Erwähnung findet, obwohl sie bereits im ersten Treffen zu dem Ergebnis gekommen sind, dass der ASD korrekt gehandelt hat.

All dieses lässt vermuten, dass es um etwas ganz anderes geht. Es geht vorrangig nicht um die Verbesserung der Strukturen, sondern es geht um das Verschieben von Verantwortung auf die, die sich wenig wehren können.

Dies ist ein Verhalten, das jede Form der kollegialen Zusammenarbeit auf den Kopf stellt. Wie soll auf dieser Basis die Arbeit verbessert und qualifiziert ausgebaut werden?

Und zum Schluss: Obwohl nirgends ein direkter Zusammenhang mit dem Tod des Kindes formuliert wurde, wird genau dieser von der Politik suggeriert. Dies geht eindeutig auf Kosten der Reputation und Anerkennung der KollegInnen. So etwas darf nie mehr geschehen.

Die KollegInnen sind Menschen, die hervorragende Arbeit leisten und jeden Tag aufs Neue mit viel zu geringen Ressourcen (wie Personal, Fluktuation, mangelnde Fachkräfte) versuchen den Kindern und Familien zu helfen. Es wäre also viel sinnvoller, z.B. in einer Enquetekommission die grundsätzlichen Fragen der Struktur und der Arbeitsbedingungen des ASD zu diskutieren als Einzelne zu „brandmarken“.

Die Arbeit der ASD-Beschäftigten trotz widriger Umstände gilt es folglich zu würdigen und anzuerkennen, Frau Leonard!

Sieglinde Frieß (FBLeiterin)

Thomas Auth-Wittke (ARGE PR Bezirksämter)

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 15.3., 19:00 Uhr

"Ischt over"? Griechenland und die Eurozone
Diskussion / Vortrag mit Dr. Joachim Bischoff.
Ort: Centro Sociale, Sternstraße 2

Mittwoch, 16.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Freitag/Samstag, 18./19.3.

Friedenspolitische Konferenz der LINKEN
FMP1, Berlin (siehe auch S. 9)

Montag, 21.3., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**

Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Montag, 21.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
22.03.2016 19:00 rls hh

Dienstag, 22.3., 19:00 Uhr

Der (un)aufhaltsame Aufstieg der AfD?
Durchbruch der Rechtspopulisten - ratlose Linke?
Diskussion / Vortrag mit **Horst Kahrs.**
Centro Sociale, Hamburg, Sternstraße 2,

Mittwoch, 23.03.2016 19:00 Uhr

Fluchtursachen II: Wirtschaftsflüchtlinge?

Vortrag und Diskussion mit **Dr. Winfried Wolf**
Kaisersaal des Hamburger Rathause
Veranstalter: BüFrak + LaVo

Montag, 28.03.2016 12:00 Uhr

Ostermarsch 2016:

Beginn: Jungestraße (Nähe U/S-Bahn Berliner Tor)
14 Uhr Friedensfest, Carl-von-Ossietsky-Platz,
Lange Reihe (siehe auch S. 9)

April 2016

Montag, 04.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 06.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 12.04. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.04., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 18.04., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**

Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Montag, 18.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.04.16, 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX